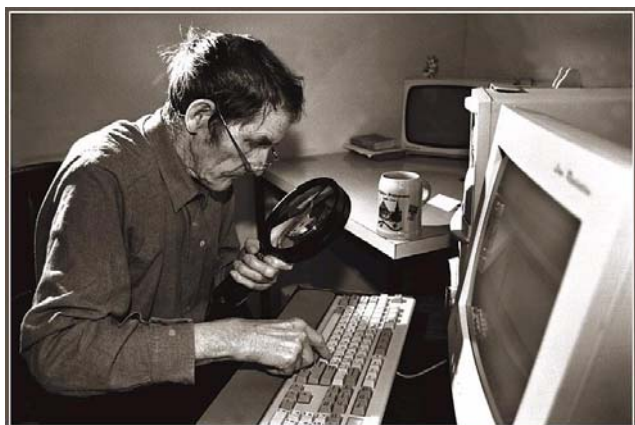


Zwei Tarifrunden in der Metall- und Elektroindustrie: Keine Kompensationsgeschäfte bei den Verhandlungen um Altersteilzeit - Hohe Festgeldforderungen im Herbst

Die KollegInnen haben in wachsendem Maß die Schnauze voll von Verzicht. Die Kluft zwischen dem, was die Wasserprediger von uns verlangen und dem was sie selbst an Wein trinken, ist zu groß geworden. Es gibt eine gewachsene Bereitschaft zur Gegenwehr, die nicht nur mit der besseren Konjunktur zu tun hat. In diesem Jahr stehen zwei Tarifrunden an, die angeblich unabhängig von einander sind. In Wirklichkeit aber müssen wir uns auf drohende Kompensationsgeschäfte einstellen.

In den letzten Jahren gab es zwar im Metallbereich keine großen Einkommenseinbrüche, aber die aktuelle Preisentwicklung erhöht den Druck und die Notwendigkeit, mit einem ordentlichen Plus bei den Einkommen für eine Sicherung des Lebensstandards zu sorgen.

Zweitens ist mit der Rente mit 67 und der nächstes Jahr auslaufenden Förderung der Altersteilzeit ein spürbarer Handlungsdruck da. Kaum einer kann sich vorstellen, bis 67 zu arbeiten und keiner will die dadurch erhöhten Rentenabschläge einfach so hinnehmen. Die Altersarmut ist ein wachsendes Problem und in den nächsten Jahren zunehmend auch ein Massenphänomen. Vor allem die Vorstellung, bei dem heutigen Stress selbst mit großen Abschlägen weit über das 60. Lebensjahr hinaus arbeiten zu müssen, ist auch bei den Jüngeren eine Horrorvision. Es ist vor diesem Hintergrund also nicht ganz überraschend, dass in den Belegschaften die Bereitschaft groß ist, für eine Fortführung der Altersteilzeitmodelle (ATZ) zu kämpfen.



Wenn Ende 2009 die Förderung durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) wegfällt (also -20% und der ATZ-TV ist an diesen Zuschuss gekoppelt), dann ist die ATZ für die KollegInnen nicht finanzierbar. Es gibt dabei grundsätzlich drei „Lösungsmöglichkeiten“:

Entweder das Kapital übernimmt mehr oder weniger den gesamten Aufstockungsbetrag oder aber das Kapital verspürt so viel Druck durch eine kämpferische Gewerkschaft und durch aktive Belegschaften, dass es bei der Regierung die Fortführung der Förderung durch die BA durchsetzt. Oder die Beschäftigten tragen die Kosten selbst.

Es drohen jetzt zwei Dinge: Erstens eine Einschränkung der Anspruchsberechtigten und zweitens Kompensationsgeschäfte.

Gegenwärtig riecht es nach folgender Kompensation: Die Beschäftigten verzichten auf Teile der so genannten Einmalzahlungen (also Urlaubs- und/oder Weihnachtsgeld) und finanzieren damit ihre Altersteilzeit selbst. Eine weitere Komponente könnte die verstärkte Nutzung von Langzeitkonten sein. Also alles Dinge, die entweder an unser Portemonnaie gehen oder die die KollegInnen zu einer Verlängerung der Arbeitszeit bewegen, was sie letztlich noch schneller kaputt machen wird.

Die Frage lautet also: **Was können aktive Vertrauensleute und Betriebsräte in der verbleibenden Zeit tun, um Zugeständnisse zu verhindern? Und: Wofür treten wir denn ein?**

Einladung zum Arbeitstreffen zu den Tarifrunden der Metallindustrie

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Samstag, 14. Juni 2008, 11 bis 16 Uhr
Kulturverein DIDF, Helfergasse 2,
Stuttgart Bad Cannstatt

Derzeit beginnen die Aktionen zur Tarifrunde Altersteilzeit, im Herbst folgen Löhne und Gehälter. Es stellen sich folgende Fragen:

- Obwohl die IG Metall weiter gegen die Rente mit 67 ist und dies auch auf dem Gewerkschaftstag bekräftigt hat, taucht das Thema weder in den Reden noch den Flugblättern der Bezirksleitungen auf. Die Linkspartei will damit im Wahlkampf punkten. Aber wie können wir jetzt dafür kämpfen?
- Wie bekämpfen wir Kompensationen und Opfer?
- Die Arbeitgeber verbinden ATZ mit den Entgelten und fordern eine „Eigenbeteiligung“ der Beschäftigten. Die Taktik der IGM-Tarif-Strategen „beide Fragen auseinanderhalten“ ist also gescheitert. Wäre eine Verbindung beider Fragen für uns eine Chance zur besseren Mobilisierung?
- Wie greifen wir in die Forderungsdebatte ein? Inflation, Energiepreise, etc...Wie wäre es mit Festbetrag für alle?

Ziel des Treffens soll sein, gemeinsame Verabredungen zu treffen und eine wirksame Mobilisierung und Politisierung der Tarifrunde vorzubereiten.

Anmeldungen: bitte an M. Fritz, Gehrenwaldstr.58, 70327 Stuttgart oder Mail an: ovibos@t-online.de

Weitere Infos unter: www.labournet.de/GewLinke/

Forderungen zur ATZ-Tarifrunde

- Allen Kompensationsgeschäften sollte schon im Vorfeld des Abschlusses der Kampf angesagt werden. Klare Ergebnisse, keine Kompensationen, keine Rechenricks.
- Keine ATZ-Regelung nur für bestimmte Berufsgruppen.
- Der Aufstockungsbetrag muss sich an der bisherigen Gesamtförderung orientieren.
- Der Kampf gegen die Rente mit 67 und gegen die wachsende Altersarmut muss neu belebt werden.

Forderungen zur Entgeltrunde im Herbst

- Für einen hohen Festgeldbetrag, eine kräftige Anhebung der Entgelte.
- Für eine maximale Laufzeit von 12 Monate.
- Urabstimmung bzw. Mitgliederbefragung über jedes Ergebnis, das von der aufgestellten Forderung abweicht.

Außerdem muss die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Entgelt- und Personalausgleich wieder belebt werden.

Dass das Kapital das Geld für eine kräftige Entgelt-erhöhung wie auch für ausreichende Aufstockungsbeträge für die Altersteilzeit hat, zeigen z. B. die Nettogewinne der M+E-Industrie: Sie sind von 22 Milliarden (2005) auf 29 Milliarden (2006) und 36 Milliarden (2007) gestiegen. Gesamtgesellschaftlich ist die Lohnquote (Verhältnis Arbeitnehmerentgelt zum Volkseinkommen) von 72,2% (im Jahr 2000) auf 64,6% im Jahr 2007 gesunken. Nirgendwo sind in den vergangenen 10 Jahren die Lohnstückkosten so stark gesunken und die Gewinne so stark gestiegen wie in der Bundesrepublik.

Deshalb: Kämpfen wir für eine Umverteilung von oben nach unten. Unsere eigenen Aktivitäten, unser konsequentes Eintreten und eine breite Mobilisierung entscheiden den Ausgang dieser Tarifrunden.

Bericht über Tarifpolitische Konferenz der Gewerkschaftslinken

Im Rahmen des diesjährigen Buko-Kongresses an Pfingsten in Dortmund tagte die Gewerkschaftslinken zum Thema „Auswirkungen des Lokführerstreiks auf die Tarifrunden 2008“. Vertreten waren KollegInnen aus den Bereichen Bahn, Öffentlicher Dienst, Einzelhandel, Metall und GEW. Im Mittelpunkt standen dabei die Auswertung des GDL-Streiks und die daraus abzuleitenden Schlussfolgerungen für die in nächster Zeit anstehenden Tarifrunden.

Bahnstreik

Für die meisten anwesenden KollegInnen aus dem Nicht-Bahnbereich waren die Ausführungen des Kollegen Uwe Krug (GDL Berlin) sehr informativ. Hier nur ein paar Stichpunkte: Die GDL ist traditionell in keiner Weise auf Arbeitskampf eingestellt. Praktisch niemand hatte bis zum letzten Jahr überhaupt nur die geringsten Streikerfahrungen (wenn man von sehr wenigen Warnstreiks absieht). Erst seit 2002 wurden die Zugbegleiter als Mitglieder zugelassen, ab 2003 allerdings heftig umworben. Hintergrund war das Bestreben des GDL-Vorstands, sich nach den schlechten Erfahrungen in der Tarifgemeinschaft mit Transnet und GDBA eine eigene Existenzberechtigung zu verschaffen, damit die GDL nicht zu einem wertlosen Anhängsel wird und dann untergeht. Das bürokratische Interesse von Schell und Co. stand also im Vordergrund, als auf der Generalversammlung 2006 das Projekt eines eigenen Tarifvertrages (FPTV) eingebracht wurde.

Von dem Vorstand nicht geplant entstand eine wirkliche Dynamik. Die KollegInnen haben sich nämlich stark engagiert, denn die Forderungen waren sehr substantiell (Einstiegsgehalt 2500 Euro, Endgehalt 2950 Euro, was die KollegInnen fast auf europäisches Maß gebracht hätte). Im Kampf haben sie unersetzliche Erfahrungen gesammelt: Wie organisieren sie am besten den Streik, wie sprechen sie mit den Fahrgästen, wo und wie tauchen sie in der Öffentlichkeit auf, alles Dinge, die der Vorstand weder organisierte noch eigentlich gerne sah. Ihm kam es nur darauf an, nach kurzem Muskelspiel den eigenständigen Tarifvertrag zugebilligt zu bekommen. Der materielle Inhalt war ihm nicht so wichtig.

Dementsprechend war die Enttäuschung über das insgesamt doch magere Ergebnis recht groß (einschließl. der Arbeitszeitverkürzung je nach Dienstalter etc. zwischen 6 und 8%). Schließlich hatte man beispiels-

weise in Berlin in der Hochphase gute Kontakte zu den KollegInnen der BVG geknüpft, so dass ein gemeinsamer Streik ein ganz anderes Ergebnis bringen können. Aber das wurde von beiden Seiten (GDL-Vorstand und Verdi-Verhandlungsführung für die BVG) nicht gewünscht.

BVG-Streik

Dies bestätigte auch der Kollege Erdogan Kaya von der BVG, der ausführlich über die 30 Tage Streik (davon 12 Tage Vollstreik) berichtete. Auch hier wurde ohne Not der Streik abgebrochen, die 12%-Forderung spielte plötzlich keine Rolle mehr usw. Aus beiden Runden wurden gewisse Schlussfolgerungen gemeinsam gezogen: Die Solidarität der Bevölkerung war vorhanden, es gab ausgesprochen viel Sympathie, der angebliche Druck, der auf den Streikenden lastete, war nichts anderes als das Geplärre der Medien und das Mitfühlen der Gewerkschaftsvorstände mit den Ängsten der Gegenseite. Gemeinsam wurde bilanziert, dass die aktive Solidarität (v. a. gewerkschaftsübergreifend) von den KollegInnen selbst organisiert werden muss. Ein Abwarten darauf, dass die Vorstände dies anpacken, ist fatal und verdammt uns zur Ohnmacht. Auch die Tatsache, dass die KollegInnen über den tatsächlichen Verhandlungsverlauf kaum bis gar nicht informiert wurden (ganz extrem bei der GDL) ist eine absolute Schwäche und ein großes Problem künftiger Tarifrunden. Hier muss offensichtlich noch viel wirksamer eine transparente Informationspolitik und eine reale Mitsprache der KollegInnen eingefordert bzw. erkämpft werden. Denn in dem bürokratischen Kalkül sollen die KollegInnen nach dem Ende der Verhandlungen nur noch einen Abschluss abnicken, der in den Details zumeist vollkommen undurchsichtig ist.

Öffentlicher Dienst und Einzelhandel

Über die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst berichtete der Kollege Martin Matscheko aus München, der bestätigte, dass auch hier die Mitgliedschaft nicht „Herr des Verfahrens war“. Die Mobilisierungen in der Warnstreikphase der Tarifrunde Bund und Kommunen waren so gut, dass die Gewerkschaft hätte mehr daraus machen können. Dennoch ist das Ergebnis in der Mitgliedschaft mit einiger Zufriedenheit aufgenommen worden (kleines reales Plus), zumal die Arbeitszeitverlängerung nur für eine Minderheit der KollegInnen zutrifft und manche noch Schlimmeres befürchtet hatten. Aber auch hier ist der Schwung, der sich aus den politischen Auswirkungen des Lokführerstreiks wie auch aus der Wut über die enttäuschenden Abschlüsse der vergangenen Jahre ergeben hatte, nicht wirklich genutzt worden.

Dramatisch hingegen ist die **Lage im Einzelhandel**, wo seit über einem Jahr um die Durchsetzung eines Tarifvertrages gekämpft wird und das Kapital wahlweise mit dem Austritt aus dem Verband oder der Auflösung des Verbandes droht. Der Kollege Hans Kroha (Ffm) berichtete über die Hartnäckigkeit der Kapitaleseite wie auch über die teilweise sehr gut geführten Streiks der KollegInnen, die heute in vielen Bereichen ihre (meist eintägigen) Streiks eigenständig organisieren. Hier ist ein Ende noch nicht abzusehen, vor allem deswegen, weil in diesem Organisationsbereich der Streikbruch relativ leicht zu organisieren ist (etwa mit Leiharbeitern, Jobbern etc.) und weil diese KollegInnen von allen anderen gewerkschaftlichen Bereichen allein gelassen werden. Es ist offensichtlich nicht im bürokratischen Interesse, durch ein Zusammenführen der Kämpfe für eine größere gesellschaftliche Auseinandersetzung zu sorgen, die es den

KollegInnen in den Einzelhandelsbetrieben erlauben würde, von einer gesellschaftlichen Dynamik und dem damit aufgebauten Druck zu profitieren. Für den Aufbau und die Durchsetzung einer klassenkämpferischen, emanzipatorischen Gewerkschaftspolitik bleibt also noch viel zu tun. Darüber wollen wir auf dem Jahreskongress der Gewerkschaftslinken Ende Oktober in Frankfurt diskutieren (s. u.).

Jakob Schäfer, Forum Gewerkschaftliche Gegenmacht Wiesbaden (Gegewi@t-online.de)

Herbstkongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken führt am **25./26. Oktober 2008** ihren 2-tägigen Herbstkongress im DGB-Haus Frankfurt/Main durch. Der vorläufige Arbeitstitel für die Konferenz lautet: **„Gewerkschaftspolitik – Über Sozialpartnerschaft hinaus zur vollen Kooperation?“**

Im Kongress wollen wir uns mit folgenden Fragen und Themen auseinandersetzen:

- Mindestlöhne/Billiglöhne, Altersarmut und Verlängerung von Arbeitszeit
- Berufsorganisation versus Einheitsgewerkschaft
- Bilanz Tarif- und Sozialpolitik
- Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums
- Internationale Themen, z.B. Streiks in Griechenland

Nähere Infos demnächst im Labournet unter:
www.labournet.de/GewLinke

Vielen Dank, Herr Hansen, Sie haben uns die Augen geöffnet!

Es herrscht Wut, Empörung und oft auch Resignation bei den Mitgliedern der Transnet. Zu den kritischen KollegInnen, die schon seit Jahren bei „bahn von unten“ gegen die Privatisierung und das System Hansen kämpfen, melden sich jetzt aus vielen Städten, von Berlin bis Halle, von Hamburg bis Duisburg Transnet-Gruppen mit harschen und wütenden Schreiben an den Transnet-Vorstand zu Wort (Siehe www.bahnvonunten.de). Es ist oft von Verrat die Rede, „gegen Herrn (sic) Hansen soll ein Ausschlussverfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens eingeleitet werden“ (OV Bremerhaven). Sie kritisieren „Korruption und Vetternwirtschaft“. Fast immer wird ein „Neuanfang und Kurswechsel“ gefordert.

Am deutlichsten wurden Transnet-KollegInnen aus Hamburg. In einem Appell fordern sie den „Rücktritt der jetzigen Geschäftsführung der Transnet, Sitzungen und Versammlungen der Gremien öffnen für interessierte Mitglieder, sofort Basisdialoge und Mitgliederversammlungen zur aktuellen Situation“. Wenn es keine grundsätzliche Veränderung und einen Neuanfang gibt, befürchten sie den Untergang der Transnet.

Was hat nun diese Protestwelle ausgelöst?

Eigentlich ist es ja ein gewöhnlicher Karriereverlauf. Hansen hat seit etlichen Jahren treu an der Seite von Bahn-Chef gedient. Er hat sich unermüdlich für die Privatisierung der Bahn eingesetzt, besonders bei seiner Partei, der SPD, und die Konkurrenzgewerkschaft GDL existenziell bekämpft. Es wurde schon ein Name dafür gefunden: System Hansen. Die Transnet war die Hausgewerkschaft des Bahnvorstandes und soll es auch nach der Privatisierung bleiben. Bisher nahmen die meisten KollegInnen der Transnet das alles hin, Kritiker von Hansen wurden mundtot gemacht.

Mit seinem überraschenden Wechsel in die Geschäftsführung der Bahn-Holding als Arbeitsdirektor und dem Interview in der Bild-Zeitung am nächsten Tag erschütterte er allerdings seine eigene Gewerkschaft und letztlich alle Gewerkschaften, entlarvte er doch das System von Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung bis zur Kenntlichkeit. Auf die Frage der Bild-Zeitung, ob „ein Ex-Gewerkschafter ein guter Manager sein“ könne, antwortete er: „Die Führung einer großen Gewerkschaft und die Arbeit im Vorstand eines Großunternehmens unterscheiden sich kaum. In beiden Fällen hat der Chef in erster Linie die Verantwortung für die Mitarbeiter und er muss für den Erfolg des Ladens sorgen...“ Er bestätigte damit auf seine Weise die kritische Bemerkung von Bernd Riexinger (verdi-Geschäftsführer Stuttgart), dass die Charginen in den Gewerkschaften neoliberalen Denken im Kopf haben. In dem Interview in der Bild-Zeitung befürwortet Hansen konsequenterweise Personalabbau und „Effizienzsteigerung bei den Mitarbeitern“! Außerdem sollten die Lokführer auch

Abteile säubern und die Privatisierungsgrenze sollte von 24,9 Prozent auf 49,9 Prozent erhöht werden. Das war selbst Bahnchef Mehdorn zuviel und er pfiff Hansen noch am selben Tag zurück, weil er die kleinen Betriebsgeheimnisse vorzeitig ausgeplaudert hatte.

Viele Basis-KollegInnen bei Transnet fühlen sich von Hansen verraten. Die Verratsbehauptung ist jedoch unangebracht, denn Hansen tut das gleiche wie immer. Er hat sich lediglich eine, wenn auch exorbitante Gehaltserhöhung genommen und kann als offizieller Kapitalsvertreter jetzt offener sprechen. Eigentlich müssten wir Herrn Hansen dankbar sein, hat er doch vielen Transnet- und KollegInnen anderer Gewerkschaften die Augen geöffnet hat.

Das System Hansen wird nur umbenannt werden in System Krauß, falls die Basis-KollegInnen sich nicht durchsetzen können mit ihrer Forderung nach grundsätzlicher Erneuerung. Falls es ihnen nicht gelingt, Krauß und Co. in die Wüste zu schicken, werden weiterhin alle

kritischen KollegInnen mundtot gemacht, indem sie aus wichtigen Posten und Gremien herausdrängt oder mit Privilegien versorgt werden.

Im Prozess einer Erneuerung der Transnet liegt auch die langfristige Chance, sich mit den kritischen KollegInnen der GDL zusammen zu tun, um eine einheitliche Bahn- und darüber hinaus Verkehrsgewerkschaft zu bilden, um strukturelle, d.h. Streikmacht zu erringen. Falls den empörten und kritischen Transnet-KollegInnen nicht der erste Schritt, die Durchsetzung einer außerordentlichen Konferenz mit der Absetzung des Krauß-Vorstandes gelingt, droht wirklich das Verhängnis, von verdi, IGM und GDL einkassiert zu werden. Zu hoffen, dass es dort weniger Hansens und Kraußes gäbe, ist eine Illusion. Sich von den üblen Hansens und Kraußes zu erlösen, das können sie nur selber tun.

Dieter Wegner, Jour Fixe Gewerkschaftslinker Hamburg, Kontakt: info@linkstermine.org

Der 1. Mai in Hamburg – ein Feiertag der besonderen Art

Das Besondere am 1. Mai in Hamburg waren nicht die umgestürzten und brennenden Autos, war nicht der Angriff von „autonomen Nazis“ auf „linke Autonome“, womit die Auseinandersetzungen begannen und sich dann zu stundenlangen Straßenschlachten ausweiteten. Dies wurde allerdings durch die großen Medien immer wieder herausgestellt, bunt bebildert. Das politisch Besondere war, dass der von den Nazis Gemeinte, die DGB-Führung nicht vor Ort war, nicht nach Barmbek mobilisiert hatte, aber die Nazis dennoch nicht ihr Ziel erreichten, den öffentlichen Raum zu besetzen!

Der Fakt

Der DGB hatte zum 1. Mai vorigen Jahres eine Demonstration vom Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof) zum Museum der Arbeit (Barmbek) organisiert. Das sollte in den nächsten Jahren auch so sein. Die NPD kam aber schon im Mai 2007 dem DGB zuvor und meldete in Barmbek eine Kundgebung und eine Demo an. Auf diese Provokation der Nazis reagierte die DGB-Führung, indem sie eine Demonstration vom Besenbinderhof zum Spielbudenplatz (Reeperbahn) anmeldete. Dort sollte dann eine Kundgebung sein mit „antifaschistischem Kulturteil“ und anschließend ein ökumenischer Gottesdienst. Daraufhin mobilisierte das „**Bündnis gegen Rechts**“, darunter auch die Gewerkschaftsjugend, für Kundgebungen und Demonstrationen in Barmbek. Am 1. Mai versammelten sich **10 000** Menschen in Barmbek, **1 500** am Besenbinderhof.

Die Gewerkschaftsmitglieder gingen ihren eigenen Weg - nach Barmbek

Zahlen müssen nichts über politisch richtige oder falsche Einschätzungen oder Handlungen aussagen, in diesem Falle aber tun sie es! Gerade am 1. Mai, gerade zum **75. Jahrestag der Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis** folgte die Masse der Mitglieder nicht dem Aufruf des DGB, sondern begab sich zum Ort des Geschehens. Indem die DGB-Führung der Provokation nicht begegnete, hat sie politisch versagt. Als von den Nazis Gemeinte hätten die Hamburger Gewerkschaftsführer mit ihren Mitgliedern zusammen in der ersten Reihe stehen müssen und in Barmbek auch Stunden ausharren, um den öffentlichen Raum den Nazis streitig zu machen.

Wer zeigte Stärke?

Kaum jemand der OrganisatorInnen und AktivistInnen rechnete mit so wenig TeilnehmerInnen auf dem Spielbudenplatz – aber auch nicht mit so vielen in

Barmbek. Die DemonstrantInnen haben sich nicht von der Kampagne der Springer-Presse beeindrucken lassen. Die Schwäche der DGB-Führung wurde gutgemacht durch Stärken in Barmbek, die nicht nur in der großen Zahl der DemonstrantInnen bestand.

Diese Stärken waren:

Die **Mobilisierung in Barmbek**: 43 Geschäfte, Lokale, Initiativen, kirchliche und soziale Einrichtungen schlossen sich zu einem Aktionsbündnis gegen die Nazis zusammen!

Eine **große Zahl von AusländerInnen**. Sie zeigten, dass sie begriffen hatten, dass gerade sie von Nazis gemeint waren und sie hatten den Mut, Präsenz zu zeigen. Damit bewiesen sie mehr politischen Instinkt als die DGB-Führung.

Die **große Zahl der Autonomen**, die in den ersten Stunden die Hauptstraße von Barmbek, die Fuhsbüttler Straße, mit besetzten.

Falls es zukünftig zu weiteren Provokationen der Nazis in Hamburg kommt, sollte uns das Beispiel der Barmbeker Mut machen und Anregung geben. Beispielhaft war, dass einige Barmbeker AktivistInnen nicht nur darauf vertrauten, dass linke Gruppen schon viele DemonstrantInnen für Barmbek mobilisieren würden, sondern **eigenständig** begannen, im Stadtteil zu mobilisieren, was auch außerordentlich gut gelang.

Dieter Wegner, Jour Fixe Gewerkschaftslinker Hamburg

Impressum:

Sekretariat:

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 1. Juni 2008